

Signatur: 2026.SR.0120
Geschäftstyp: Interpellation
Erstunterzeichnende: Matteo Micieli (PdA), Raffael Joggi (AL), Anouk Ursin (AL)
Mitunterzeichnende: Tobias Sennhauser
Einreichtdatum: 26. März 2026

Interpellation: Auswirkungen und Massnahmen EP27; Antwort

Fragen

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie beurteilt der Gemeinderat die Auswirkungen des Entlastungspakets 2027 des Bundes insgesamt auf die Stadt Bern?
 - 1.1. Welche Haltung vertritt der Gemeinderat insbesondere in Bezug auf die sozialen Auswirkungen und die Lastenverteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden?
 - 1.2. Hat sich der Gemeinderat dazu positioniert oder plant er eine Stellungnahme (z. B. im Rahmen von Vernehmlassungen oder über den Kanton Bern)?
 - 1.3. Steht der Gemeinderat im Austausch mit dem Kanton Bern oder anderen Städten bezüglich der erwarteten Auswirkungen des Entlastungspakets und sind gemeinsame politische oder finanzielle Strategien vorgesehen?
2. Welche Massnahmen des Entlastungspakets werden nach Einschätzung des Gemeinderats direkte oder indirekte Auswirkungen (bspw. auf Kultur, Bildung oder Zunahme von Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen) auf die Stadt Bern haben, und wie hoch schätzt er die daraus resultierenden finanziellen Folgen (insbesondere im Bereich der Sozialausgaben)?
3. Welche Bevölkerungsgruppen in der Stadt Bern sind nach Einschätzung des Gemeinderats besonders von den geplanten Sparmassnahmen betroffen (z. B. Sozialhilfebeziehende, Personen in Ausbildung, Asylsuchende, Studierende, Familien, Menschen mit tiefem Einkommen aber auch Bundespersonal)?
4. Wie gedenkt der Gemeinderat mit möglichen Mehrbelastungen für die Stadt umzugehen?
 - 4.1. Welche Vorbereitungen hat der Gemeinderat bislang getroffen, um auf die Auswirkungen des Entlastungspakets zu reagieren?
 - 4.2. Sind konkrete Gegenmassnahmen geplant, um negative soziale Auswirkungen für die Bevölkerung der Stadt Bern abzufedern?

Begründung

Der Bundesrat hat Ende Januar 2025 das "Entlastungspaket 27" (EP27) vorgeschlagen. Nach der Entscheidung des Parlaments mehr für die Armee auszugeben, möchte der Bundesrat mittels EP27 "grosse Defizite verhindern, die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten und den Bundeshaushalt mittelfristig wieder ins Gleichgewicht bringen." Das Sparpaket sollte (gemäss Vorschlag des Bundesrates) 2027 2,7 Milliarden und 2028 3,6 Milliarden "Einsparungen" bringen. Die Kosten dieser Sparmassnahmen werden jedoch auf die Schweizer Bevölkerung abgewälzt. Die Sparmassnahmen treffen in erster Linie die Bildung, die Randregionen und die Menschen, die bereits am meisten geschwächt und ausgebeutet werden. Sie werden unter anderem eine Erhöhung der Studiengebühren und der Billettpreise, aber auch Rückschritte in der Klimapolitik, in der Forschung und im Asylbereich zur Folge haben.

Für Städte wie Bern, die bereits heute einen erheblichen Teil der sozialen Infrastruktur tragen – etwa in den Bereichen Sozialhilfe, Integration, Bildung und Kultur – besteht die Gefahr, dass sich diese Belastung weiter verstärkt. Der Druck etwa auf einkommensschwache Haushalte ist ohnehin

schon hoch und das Entlastungspaket droht diese Situation weiter zu verschärfen. So ist davon auszugehen, dass Einschnitte auf Bundesebene zu einer Zunahme von Sozialhilfe und anderen Unterstützungsleistungen führen können – etwa dann, wenn Leistungen reduziert oder Zugänge erschwert werden. Die finanziellen und strukturellen Folgen würden in erheblichem Umfang bei den Gemeinden anfallen.

Hinzu kommen konkrete Massnahmen wie höhere Studiengebühren, die den Zugang zu Bildung weiter erschweren und insbesondere Studierende aus einkommensschwachen Haushalten treffen. In einer Stadt wie Bern mit ihrer grossen Studierendenbevölkerung führt dies zwangsläufig zu einer weiteren Prekarisierung: mehr Erwerbsdruck neben dem Studium, unsichere Wohnverhältnisse und eine wachsende Abhängigkeit von Unterstützungssystemen. Bildung droht damit noch stärker vom Einkommen der Eltern abhängig zu werden – mit direkten sozialen Folgekosten, die wiederum bei der Stadt landen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die zentrale Frage, ob und in welchem Ausmass das Entlastungspaket letztlich eine Entlastung des Bundes auf Kosten der Städte und der Bevölkerung darstellt. Für die Stadt Bern ist es deshalb entscheidend, frühzeitig Klarheit über die zu erwartenden Auswirkungen zu gewinnen und zu prüfen, welche politischen und finanziellen Handlungsmöglichkeiten bestehen, um negative soziale Folgen

Antwort des Gemeinderats

National- und Ständerat haben das Entlastungspaket 27 (EP27) in der Wintersession 2025 und in der Frühjahrssession 2026 beraten und redimensioniert. Die beschlossenen Einsparungen belaufen sich nun auf rund 1,4 Milliarden Franken im Jahr 2027, 1,9 Milliarden Franken im Jahr 2028 und fast 2 Milliarden im Jahr 2029. Auch in der vom Parlament verabschiedeten Form werden nach wie vor erhebliche Lastenabwälzungen auf die Kantone und Gemeinden erfolgen. Die Städte und Gemeinden werden vor allem indirekt davon betroffen sein, da die Lastenabwälzungen vom Bund an die Kantone erfolgen, welche danach Mehrkosten auf die Städte und Gemeinden abwälzen werden.

Zu Frage 1:

Verschiedene Sparmassnahmen betreffen diverse Bereiche städtischer Politik, weshalb davon auszugehen ist, dass diese zu Dominoeffekten in den Finanzhaushalt der Stadt Bern führen. Kostenüberwälzungen vom Kanton an die Stadt aufgrund des EP27 würden die Stadt finanziell zusätzlich belasten.

- 1.1. Der Gemeinderat lehnt das EP27 ab, da sich der Bund nicht auf Kosten der zweiten und dritten Staatsebene sanieren soll.
- 1.2. Im Frühjahr 2025 fand die Vernehmlassung des Bundes zu diesem Geschäft statt. Der Gemeinderat bezeichnet das EP27 in seiner Stellungnahme an den Schweizerischen Städteverband (SSV) als nicht akzeptabel: Bei einem Grossteil der Massnahmen handelt es sich nicht um echte Einsparungen, sondern um Verschiebungen von Aufgaben auf die nächste Staatsebenen und dies insbesondere ohne, dass entsprechende Entscheid- und Finanzkompetenzen übertragen werden. Diese Einschätzung teilt die Stadt mit allen grösseren Schweizer Städten, weshalb der SSV eine klar ablehnende Stellungnahme formuliert hat.
- 1.3. Aktuell sind keine gemeinsamen politischen oder finanziellen Strategien definiert.

Zu Frage 2:

Nach der Beratung der eidgenössischen Räte sieht das EP27 Einsparungen zwischen 1,4 Milliarden Franken (2027) und knapp 2,0 Milliarden Franken (2030) vor. Es ist unbestritten, dass vorge-

sehene Massnahmen finanziell nachteilige Auswirkungen auf die Stadt haben werden. Wie vorgängig bereits beschreiben, werden die Auswirkungen indirekten Einfluss auf die Stadtfinanzen haben, je nach durch den Kanton Bern gewählter Umsetzung. Eine Bezifferung dieser finanziellen Folgen ist nicht möglich. Die vom Bund beschlossenen Massnahmen betreffen weitreichende Bereiche im Asylwesen, im öffentlichen Verkehr sowie in Bildung und Forschung.

Zu Frage 3:

Auch zu dieser Frage sind konkrete Aussagen aktuell nicht möglich, da die indirekte Überwälzung auf die Stadt offen ist. Je nach Art der Überwälzung wird der steuerfinanzierte Haushalt der Stadt belastet oder es können individuell höhere Belastungen bei Einzelpersonen resultieren.

Zu Frage 4:

Wie in der Antwort auf Frage 2 beschrieben, werden einige vorgesehene Massnahmen mutmasslich auch Auswirkungen auf die Stadt haben. Diese werden sich aber gemäss dem aktuellen Kenntnisstand alle in indirekter Form auf den Finanzhaushalt der Stadt auswirken, in Form von Dominoeffekten. Eine Abschätzung dazu ist zurzeit nicht möglich.

Der Gemeinderat hat im Rahmen der Vernehmlassung die negative Haltung gegenüber dem EP27 ausgedrückt und damit die Vernehmlassungsantwort des SSV unterstützt. Weitere Vorbereitungen oder gar konkrete Gegenmassnahmen konnte der Gemeinderat nicht in Gang setzen, da sich die konkreten Auswirkungen zurzeit nicht abschätzen lassen.

Bern, 1. Juli 2026

Der Gemeinderat